

fortschrittlichen Öffentlichkeit sowie bei den Regierungen vieler Länder der Erde gefunden. Der von den sozialistischen Ländern unterbreitete Komplex außenpolitischer Initiativen wird als reale Alternative zur Hochrüstungspolitik aufgenommen, die von den USA und einigen ihrer Verbündeten zur Erringung der militärischen Überlegenheit betrieben wird, was die internationale Stabilität untergräbt. Diese Initiativen demonstrieren ein weiteres Mal das verantwortungsbewußte Vorgehen der sozialistischen Länder in der Frage der Sicherung des Friedens sowie ihre Bereitschaft, für die Verhinderung eines Kernwaffenkrieges einzutreten.

2. Mit Genugtuung wurde von den Beratungsteilnehmern der breite internationale Widerhall hervorgehoben, den die Vorschläge der sozialistischen Staaten zur nuklearen Abrüstung auf dem europäischen Kontinent - von einem Moratorium über die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen bis zur völligen Entfernung jeglicher Kernwaffen sowohl mittlerer Reichweite als auch taktischer Art vom europäischen Kontinent - gefunden haben. Der Ausgang des Kampfes gegen die NATO-Pläne zur Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Westeuropa ist von entscheidender Bedeutung für die Perspektiven der weiteren Entwicklung nicht nur in Europa, sondern auf unserem ganzen Planeten. Die Verwirklichung dieser Pläne, die 1983 beginnen soll, wäre eine äußerst ernste Gefahr für die europäischen Völker, würde zu einer Minderung des Vertrauens und zur Verschlechterung der internationalen Lage führen. Deshalb ist es so außerordentlich wichtig, sich mit Nachdruck gegen die Einleitung einer neuen Runde des nuklearen Wettrüstens in Europa zu wenden.

Es wurde Besorgnis über die Belebung revanchistischer Tendenzen reaktionärer Kräfte in der BRD zum Ausdruck gebracht und festgestellt, daß die Achtung der politisch-territorialen Realitäten im heutigen Europa einen unverzichtbaren und unerläßlichen Faktor des europäischen Friedens und der europäischen Sicherheit darstellt.

Mit Entschiedenheit sprachen sich die Beratungsteilnehmer dafür aus, die Fortsetzung und Festigung des Entspannungsprozesses zu gewährleisten. Sie betonten die Bedeutung des in der Prager Politischen Deklaration enthaltenen Vorschlags, direkte Verhandlungen zwischen den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und den Mitgliedsstaaten der NATO über das Einfrieren und die weitgehende Kürzung der Militärausgaben aufzunehmen. Es wurde die Bereitschaft der sozialistischen Länder bekräftigt, prinzipiell beliebige andere konstruktive Vorschläge, die auf die Lösung der Grundfragen des internationalen Lebens gerichtet sind, unter konsequenter Wahrung der Prinzipien der Gleichheit, der gleichen Sicherheit und des gegenseitigen Vorteils zu erörtern. Es wurde das Bestreben der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder nach breitestem Dialog und umfassender Zusammenarbeit in Fragen des Friedens und der Abrüstung mit allen politischen und gesellschaftlichen